



Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
Macroeconomic Policy Institute

Policy Brief

März 2010

Einseitige Exportorientierung belastet Wachstum – Frankreich besser als Deutschland

Gustav Horn, Heike Joebges, Rudolf Zwiener

Düsseldorf, 24. März 2010

Hans-Böckler-Straße 39
D-40476 Düsseldorf
Germany
Phone: +49-211-7778-331
IMK@boeckler.de
<http://www.imk-boeckler.de>

**Hans Böckler
Stiftung**

Fakten für eine faire Arbeitswelt.

Einseitige Exportorientierung belastet Wachstum – Frankreich besser als Deutschland

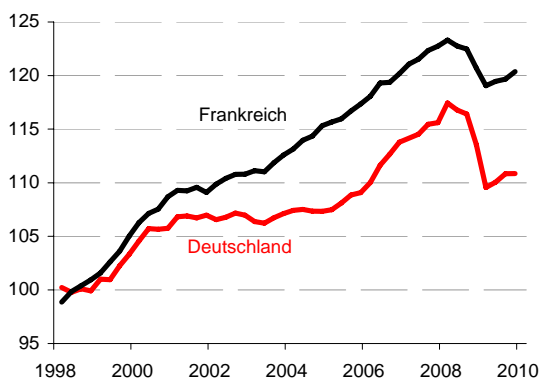
Gustav Horn, Heike Joebgies, Rudolf Zwiener

Die Vorwürfe der französischen Finanzministerin Christine Lagarde, Deutschland fördere seine Exporte durch geringe Lohnzuwächse auf Kosten der anderen Länder des Euroraumes, wurden in Deutschland weitgehend mit Empörung aufgenommen. Lagardes Forderung, die binnenwirtschaftliche Dynamik zu stärken, um insbesondere den Defizitländern des Euroraumes höhere Exporte nach Deutschland zu ermöglichen, stößt auf starken Widerspruch von Politik und Medien, die die Gefahr von Wachstumsverlusten sehen. Vorherrschend ist die Sorge, man wolle Deutschland für die wirtschaftspolitischen Fehler anderer Länder büßen lassen. Dies ist eine völlig falsche Sichtweise. Denn Deutschland würde bei kräftigerer Binnenwirtschaft selbst am meisten gewinnen, wie ein Vergleich mit Frankreich zeigt.

Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Frankreich seit Einführung des Euros

Seit Einführung des Euros hat sich Frankreichs Wirtschaft deutlich besser entwickelt als die Deutschlands (für einen ausführlichen Vergleich: Horn et al. 2008): Das Bruttoinlandsprodukt wuchs dort mit Jahresdurchschnittsraten von 1,7 % fast doppelt so stark wie in Deutschland, das nur Zuwächse um 0,9 % verzeichnete (Tabelle 1). Lediglich in den Jahren 2006 und 2007 konnte Deutschland ein höheres Wachstum als Frankreich erzielen. Der Abstand zum Niveau Frankreichs konnte aber nur vorübergehend verringert werden; im Zuge der Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist er wieder merklich gestiegen (Abbildung 1).

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt
Quartalsdaten, real, 1998=100



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Die Quellen des Wachstums unterscheiden sich zwischen den beiden Ländern deutlich: Dem Außenhandel als Motor in Deutschland steht Frankreichs balancierte Strategie gegenüber: Während Deutschlands Exporte von Gütern und Dienstleistungen im Mittel jährlich um 5,2 % stiegen, legten sie in Frankreich nur um 2,0 % zu.

Gleichzeitig stagniert Deutschlands Binnennachfrage seit Beginn der Währungsunion nahezu, während die französische kräftig expandierte. Die schwächere

deutsche Entwicklung zeigt sich in allen Komponenten der inländischen Nachfrage, also staatlichem wie auch privatem Konsum und Investitionen (Tabelle 1 und Abbildung 2).¹

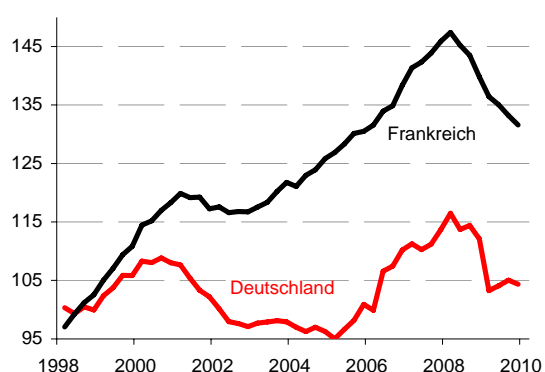
Tabelle 1

Deutschland und Frankreich im Vergleich: Entwicklung ausgewählter VGR-Größen												
Wachstum gegenüber Vorjahr, preisbereinigt												
	BIP		Priv. Konsum		Staatskonsum		Bruttoanlageinv.		Exporte		Importe	
	DE	FR	DE	FR	DE	FR	DE	FR	DE	FR	DE	FR
1999	2,0	3,3	3,0	3,5	1,1	1,4	4,7	8,3	5,9	4,6	8,6	6,7
2000	3,2	3,9	2,4	3,6	1,4	1,9	3,0	7,2	13,5	12,4	10,2	14,9
2001	1,2	1,9	1,9	2,6	0,5	1,2	-3,7	2,4	6,4	2,5	1,2	2,2
2002	0,0	1,0	-0,8	2,4	1,5	1,9	-6,1	-1,7	4,3	1,5	-1,4	1,7
2003	-0,2	1,1	0,1	2,0	0,4	2,0	-0,3	2,2	2,5	-1,2	5,4	1,1
2004	1,2	2,5	0,1	2,5	-0,7	2,3	-0,3	3,6	10,3	4,0	7,3	7,1
2005	0,8	1,9	0,3	2,6	0,4	1,2	0,9	4,4	7,7	3,1	6,7	5,9
2006	3,2	2,2	1,3	2,4	1,0	1,3	7,8	4,1	13,0	4,8	11,9	5,6
2007	2,5	2,3	-0,3	2,5	1,7	1,5	5,0	6,5	7,5	2,6	4,8	5,4
2008	1,3	0,4	0,4	1,0	2,1	1,2	3,1	0,6	2,9	-0,2	4,3	0,8
2009	-5,0	-2,2	0,2	0,8	3,0	1,5	-8,9	-6,2	-14,2	-10,9	-8,9	-9,5
Jahresdurchschnittswachstum im Zeitraum...												
1999-2007	1,7	2,2	0,9	2,7	0,8	1,6	1,2	4,1	7,8	3,8	6,0	5,6
1999-2009	0,9	1,7	0,8	2,3	1,1	1,6	0,4	2,8	5,2	2,0	4,4	3,7

Quelle: Eurostat, Berechnungen des IMK.

Auffällig ist vor allem der deutliche Unterschied beim privaten Konsum: Frankreichs Wachstumsraten fallen mit durchschnittlich 2,3 % dreimal so hoch aus wie die deutschen mit 0,8 %. Seit 2001 stagniert der private Konsum in Deutschland nahezu völlig (Tabelle 1 und Abbildung 3).

Abbildung 2
Bruttoanlageinvestitionen
 Quartalsdaten, preisbereinigt, 1998=100

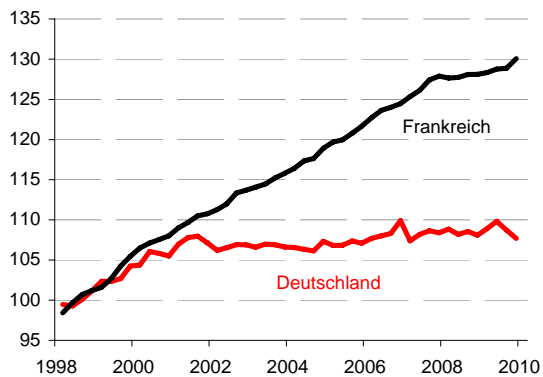


Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Eine Erklärung der markanten Unterschiede in der Entwicklung des privaten Konsums der beiden Länder fällt nicht schwer: Dessen Schwäche ging in Deutschland einher mit bis Ende 2007 real rückläufigen Effektivlöhnen (je Arbeitnehmer) und einer bis ins Jahr 2006 hinein sinkenden Beschäftigung, während das solide Wachstum in Frankreich bis zur Finanzkrise von einer Zunahme der Beschäftigung und Reallohnsteigerungen getragen war (Abbildung 4 und Abbildung 5).

¹ Die schwache Investitionsentwicklung ist wenigstens zum Teil Sondereffekten geschuldet: Der notwendige Abbau des Überhang im Immobiliensektor nach dem Vereinigungsboom dämpfte die deutschen Bauinvestitionen nachhaltig.

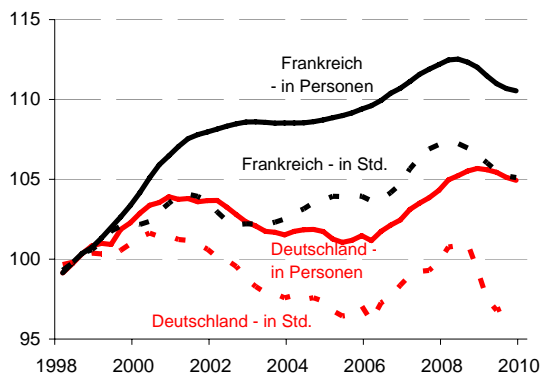
Abbildung 3
Privater Konsum
 Quartalsdaten, preisbereinigt, 1998=100



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

war. Die Zahl der Beschäftigten stieg in Frankreich seit Beginn der Währungsunion um rund 10 %; in Deutschland nur um 5 %. Das Arbeitsvolumen nahm in Frankreich um 5 % zu; in Deutschland ging es um nahezu 5 % zurück. Dies zeigt zumindest eines: Die höhere Dynamik des Binnenmarktes ist im Hinblick auf die Beschäftigung wichtiger als alle Arbeitsmarktreformen.

Abbildung 4
Beschäftigung
 Quartalsdaten, 1998=100



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

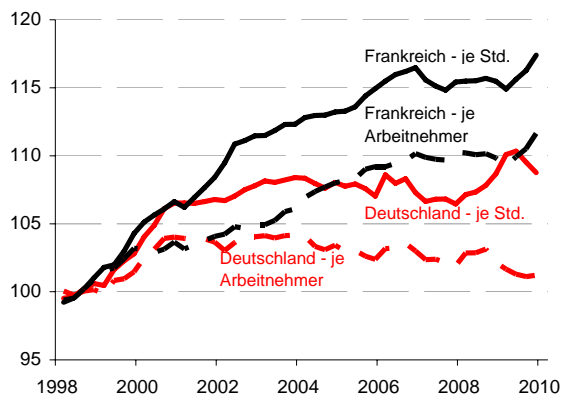
Anders als Frankreich mit steigender Erwerbsbevölkerung konnte Deutschland seine Arbeitslosenquote trotz zuletzt sinkender Erwerbsbevölkerung nur leicht reduzieren.

Lediglich zum Ende des Aufschwungs gab es Anzeichen für eine bessere Entwicklung in Deutschland: Nicht nur die Beschäftigung sondern auch die Effektivlöhne – wenigstens pro Stunde – verzeichneten deutlich höhere Zuwächse – sowohl im Vergleich zu den vorherigen Jahren wie auch im Vergleich zu Frankreich. Diese positive Entwicklung war zuletzt aber nicht mehr zu sehen. Bemerkenswert ist, dass die Beschäftigungsentwicklung in Frankreich trotz der massiven Arbeitsmarktreformen in Deutschland deutlich günstiger

Spiegelbildlich zu den Beschäftigungsentwicklungen verzeichneten beide Länder einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Nach der von Eurostat verwendeten ILO-Definition hatte sich die standardisierte Arbeitslosenquote in Frankreich von Januar 1999 bis zum Ende des Aufschwungs (erstes Quartals 2008) von 10,8 % auf 7,6 % reduziert. Diesem Rückgang um 3,2 Prozentpunkte in Frankreich stand in Deutschland ein vergleichsweise moderater Rückgang von 8,6 % auf 7,4 % – also nur um 1,2 Prozentpunkte – gegenüber.²

² Die Wahl des Zeitpunktes für den Vergleich ist darauf zurückzuführen, dass das 1. Quartal 2008 offiziell den Höhepunkt des letzten Aufschwungs markiert.

Abbildung 5
Reale Effektivlöhne
 Quartalsdaten, preisbereinigt (BIP-Deflator),
 1998=100



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Die Folgewirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurden jedoch in Deutschland wegen seiner hohen internen Arbeitsmarktflexibilität – dank Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit – erfolgreicher bekämpft: In Frankreich ist die Arbeitslosenquote seitdem wieder auf 10,1 % (Januar 2010) gestiegen, während sie in Deutschland nach einem weiteren leichten Rückgang bis Ende 2008 im Januar 2010 nur 7,5 % beträgt.

Stärkung der Binnenwirtschaft zahlt sich aus – auch für Deutschland

Wie lässt sich das vergleichsweise schlechte Abschneiden des Exportweltmeisters bei Wachstum und Arbeitsmarktentwicklung erklären? Ganz einfach: für große Volkswirtschaften wie Deutschland und Frankreich lohnt sich die Fokussierung auf den Außenhandel als Wachstumstreiber gesamtwirtschaftlich nicht. Geringere Lohnzuwächse als bei den Handelspartnern erhöhen zwar über die geringeren Arbeitskosten tendenziell die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Unternehmen und steigern deren Exporte. Das dämpft aber gleichzeitig die Kaufkraft der Arbeitnehmer und deren Konsummöglichkeiten. Die geringen Lohnzuwächse in Deutschland mündeten daher folgerichtig in eine jahrelange Konsumschwäche. Deren negativer Effekt auf das Wachstum konnte – angesichts des hohen Anteils des Konsums am Bruttoinlandsprodukt – nicht durch die höhere Nachfrage aus dem Ausland ausgeglichen werden. Selbst in den Jahren 2006 und 2007, in denen die Weltwirtschaft real um über 5 % zulegte (IMF WEO), wuchs Deutschland zwar stärker als Frankreich, konnte die schwachen Wachstumsraten der anderen Jahre aber nicht ausgleichen. Zudem zeigten sich in der Krise der folgenden Jahre die Nachteile der deutschen Exportabhängigkeit: Der Wachstumseinbruch im Zuge der weltweiten Rezession fiel in Deutschland deutlich stärker aus als in Frankreich.

Frankreich hat es dagegen seit Beginn der Währungsunion geschafft, mit einer stabilen und faktisch an dem Inflationsziel der EZB und dem durchschnittlichen Produktivitätsanstieg orientierten Lohnentwicklung und ohne drastische Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme fast doppelt so stark zu wachsen wie Deutschland. Dabei hat sich seine geringere Exportabhängigkeit zuletzt als Vorteil erwiesen und es weniger dem weltweiten Nachfrageeinbruch ausgesetzt.

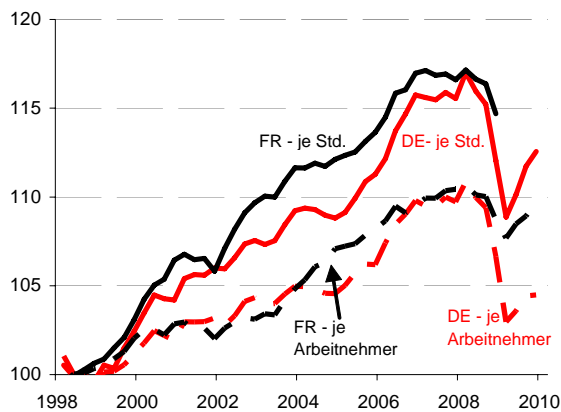
Im Nachhinein wäre auch für Deutschland eine ausgewogene Strategie mit höheren Lohnzuwächsen, die in balancierter Weise sowohl das Export- als auch das Binnenwachstum unterstützt hätte, erfolgreicher gewesen. Das zeigen Simulationen mit dem makroökonometri-

schen Modell des IMK: Wachstum und Beschäftigung hätten sich bei gesamtwirtschaftlichen Lohnzuwächsen, die sich am Inflationsziel der EZB und dem mittelfristigen Produktivitätspfad orientierten, besser entwickelt. In der Folge wäre die Lohnquote nicht so deutlich zurückgegangen (Joebges et al. 2009a). Deutschlands Exporte hätten dann zwar nicht von einer ständigen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitiert, allerdings auch nicht unter einer Verschlechterung gelitten. Gleichzeitig hätte die dann stabilere Binnennachfrage Deutschland besser gegen den weltweiten Nachfrageeinbruch geschützt.

Deutschlands schwacher Konsum beeinträchtigt Frankreichs Wachstum

Frankreichs höhere Wachstumsraten sind umso beeindruckender als die geringen deutschen Lohnzuwächse direkte negative Auswirkungen auf dessen Wachstum haben: Die im Vergleich höheren Lohnzuwächse in Frankreich erzeugen einen kumulativen preislichen Nachteil französischer Exporte, während die deutschen Exporte gleichzeitig kontinuierlich einen Wettbewerbsvorteil erzielen. Bei der sehr schwachen Binnenkonjunktur in Deutschland, dem wichtigsten Handelspartner Frankreichs, konnte auch die Nachfrage nach französischen Produkten nicht kräftig steigen. Folgerichtig haben sich so die bilateralen Handelsungleichgewichte zwischen den beiden Ländern ausgeweitet: Während sich Deutschlands Überschuss im Güterhandel mit Frankreich gemessen am BIP von 0,6 % (1999) auf 1,2 % (2008) verdoppelte, hat in Frankreich das Defizit im Handel in vergleichbarer Größenordnung zugenommen (von 0,6 % des BIP auf 1,3 %) und belastete damit das französische Wirtschaftswachstum.³

Abbildung 6
Arbeitsproduktivität
Quartalsdaten, 1998=100



Quellen: Eurostat; Berechnungen des IMK.

Dafür, dass die unterschiedliche Exportentwicklung auf einer unterschiedlichen Produktivität beruht, lassen sich keine Hinweise finden: In Frankreich stieg die Produktivität zwischenzeitlich sogar deutlich stärker als in Deutschland (Abbildung 6). Damit sind die deutschen Exporterfolge – im Gegensatz zu den häufig verbreiteten Behauptungen in den Medien – hauptsächlich auf die geringeren Lohnzuwächse und nicht auf eine höhere Produktivität zurückzuführen.

Höhere Lohnzuwächse in Deutschland würden nicht nur das Wachstum im Inland beflügeln, sondern über die mit einer Stärkung der Binnenwirtschaft einhergehenden höheren Importe auch allen deutschen Handelspartnern zugute kommen. Dabei geht es nicht nur um die

³ Die Berechnungen beruhen auf den Daten des IMF (DOTS und WEO).

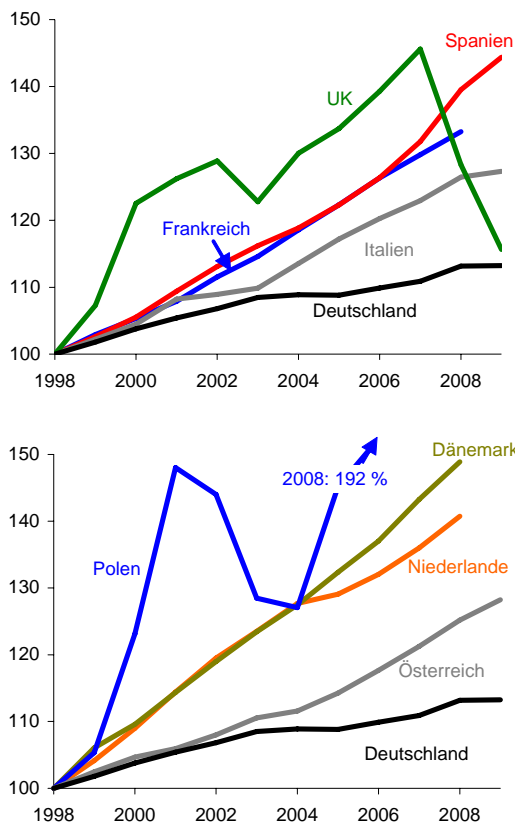
bilateralen direkten Handelsbeziehungen, sondern auch um die multilateralen innerhalb der Eurozone. Man muss sich den Binnenmarkt als einen See vorstellen, dem Deutschland durch eine kräftigere Binnennachfrage mehr Wasser und damit wirtschaftliche Dynamik zuführen würde. Orientiert sich Deutschland hingegen nur auf einen Exportüberschuss, entzieht es dem See Wasser und führt tendenziell zu dessen Austrocknung, also wirtschaftlicher Lähmung.

Umgekehrt stimulieren Länder mit strukturellen Defiziten zwar den Euroraum, sie führen dem See permanent Wasser zu. Aber sie selbst trocknen aus. Am Ende bedürfen sie selbst der Wasserzufuhr aus dem großen See. An diesem Punkt ist wohl gerade Griechenland. Es zeigt sich, dass die Länder des Euroraums entweder alle ein balanciertes Wachstum aufweisen oder aber Transfermechanismen etablieren müssen, die einzelne Länder vor der Austrocknung bewahren. Mittelfristig würde auch Deutschland von einem balancierten Wachstum profitieren, weil nicht nur das heimische Wachstum sondern auch das im gesamten Euroraum gestärkt würde.

Deutsche Arbeitskostenzuwächse unter den geringsten in Europa

Die Schlüsselgröße zu einem balancierten Wachstum sind die Arbeitskosten. Das IMK vergleicht jährlich die Entwicklung der Arbeitskosten in Deutschland mit jener der großen europäischen Länder anhand der offiziellen Eurostat-Arbeitskostenstatistik (zuletzt im Dezember 2009, Joebges et al. 2009b). Die Arbeitskosten sind in Kombination mit der Produktivität und der Wechselkursentwicklung zentrale Indikatoren zur Beurteilung der internationalen Konkurrenzfähigkeit eines Landes. Sowohl für die Privatwirtschaft als auch für das Verarbeitende Gewerbe zeigt sich dabei ein einheitliches Bild: Seit Beginn der Europäischen Währungsunion bleibt der Anstieg der Arbeitskosten fast durchgängig hinter dem der anderen europäischen Länder zurück (Joebges et al. 2009b). Dasselbe gilt für die Entwicklung der Effektivlöhne (Abbildung 7). Da Deutschland dadurch auch bei den Lohnstückkosten zu den Ländern mit den geringsten Zuwächsen gehörte (Abbildung 8), hat es im einheitlichen europäischen Währungsraum auf Kosten seiner Nachbarländer permanent an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Außerhalb des Euroraumes konnten sich einzelne Länder lediglich vorübergehend durch Abwertungen ihrer Währung – wie zuletzt das Vereinigte Königreich – preislich gegen Deutschland behaupten.

Abbildung 7
Entwicklung der Effektivlöhne¹
Ausgewählte Länder, 1998=100



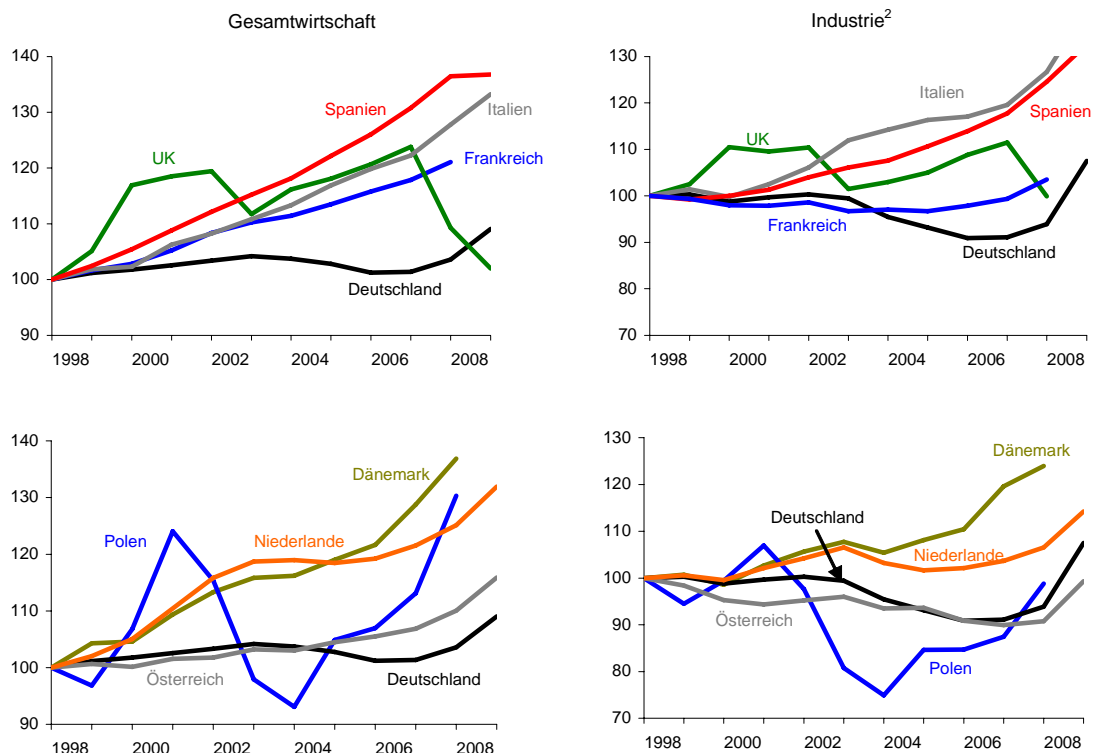
¹ Auf ECU/Euro-Basis je Arbeitnehmer.
Quelle: Eurostat, Berechnungen des IMK.

In Deutschland wurde damit der kostenneutrale Verteilungsspielraum im letzten Jahrzehnt massiv unterschritten, was zu einer deutlichen Verschlechterung der Einkommensposition der Arbeitnehmer – und nachgelagert auch der Rentner – führte und so die Binnen nachfrage schwächte. Besonders hart getroffen hat es dabei die Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor. Deren Stundenlöhne liegen im Durchschnitt um 20 Prozent unter denen, die im Verarbeitenden Gewerbe bezahlt werden. Nirgendwo in Europa finden sich so hohe Lohnunterschiede zwischen Industrie und Dienstleistungen (Joebges et al. 2009b). Davon profitiert auch die Exportindustrie in hohem Maße, kann sie doch auf besonders günstige Vorleistungen der heimischen Dienstleistungsunternehmen zurückgreifen.

Mit seiner einseitigen Ausrichtung auf Exporterfolge, die zu einem nennenswerten Teil auf unterdurchschnittlichen Lohnzuwächsen beruhen, hat Deutschland mit seinen strukturellen Handelsüberschüssen einen Beitrag zur Instabilität innerhalb Europas geleistet und

sich damit zugleich den Risiken der Weltwirtschaft in hohem Maße ausgesetzt. Eine solche Fehlentwicklung, die sich über längere Zeit aufgebaut hat, kann nicht sofort, sondern nur über Jahre wieder abgebaut werden. Dazu müsste sich allerdings einiges in Deutschland ändern.

Abbildung 8
 Entwicklung der Lohnstückkosten¹ im Europäischen Vergleich
 Ausgewählte Länder (Index: 1998=100, auf ECU/Euro-Basis)



¹ Lohnstückkosten = (Nominale Arbeitnehmerentgelte/reales BIP)*(Erwerbstätige/Arbeitnehmer)

² Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Bergbau, Energie und Wasserversorgung (Wirtschaftszweige C,D,E).

Quelle: Eurostat, Berechnungen des IMK.

Vorschläge für eine Stärkung der Binnennachfrage

Von Politikern wird gern darauf verwiesen, dass der Staat wegen der Tarifautonomie nicht direkt für höhere Lohnzuwächse sorgen kann. Und in der derzeitigen Situation, in der die Unternehmen den Beschäftigungsstand trotz massivem Produktionseinbruch weitgehend gehalten haben und sogar vorübergehend hohe Produktivitätseinbußen hingenommen haben, ist es auch nicht wahrscheinlich, dass hohe Tarifabschlüsse erzielt werden. Das Problem des unbalancierten Wachstums kann auch nicht von den Tarifparteien gelöst werden, sondern ist vor allem eine Herausforderung für die Wirtschaftspolitik. Der Staat verfügt über eine breite Palette an Möglichkeiten, auf die Lohnentwicklung einzuwirken. Sinnvoll wären...

- ...die Einführung eines Branchen übergreifenden gesetzlichen Mindestlohns, um den Lohndruck auf die unteren Lohngruppen zu reduzieren, der durch die vergangenen Arbeitsmarktreformen, v.a. in Folge der Hartz-Gesetze, erzeugt wurde.
- ... die Subventionierung von geringfügiger Beschäftigung abzuschaffen und gleichen Lohn für Zeitarbeit verbindlich vorzuschreiben.

- ...Lohnerhöhungen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst grundsätzlich an der Privatwirtschaft zu orientieren, um so ein dauerhaftes Zurückbleiben zu verhindern.

Darüber hinaus sollte der Staat

- ... die Ungleichheit über das Steuersystem und die sozialen Sicherungssysteme eindämmen.⁴
- ...den Wachstumspfad mit zusätzlichen Investitionen in Bildung und Infrastruktur anheben und auf Steuersenkungen in der gegenwärtigen Situation verzichten.

„Strukturelle Reformen“, wie sie von der Politik derzeit versprochen werden, würden die Situation dagegen nur weiter verschärfen. Bisher haben strukturelle Reformen über niedrige Löhne nur zu einer Ausweitung des Exportüberschusses geführt. Es ist rätselhaft, wie mit den gleichen Maßnahmen nun das Gegenteil erreicht werden soll. In der Vergangenheit waren sie schließlich durchgeführt worden, um Druck auf die Löhne auszuüben und Deutschland darüber wettbewerbsfähiger zu machen. Das ist gelungen, aber wegen der gleichzeitigen geschwächten Binnennachfrage zum Nachteil Deutschlands und des Euroraums. Letztlich muss sich Deutschland – wie von der französischen Finanzministerin gefordert – von der einseitigen Exportorientierung durch geringe Lohnsteigerungen hin zu einer balancierten Wachstumsstrategie weiterentwickeln, bei der der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einher geht mit einer kräftigen Steigerung der Binnennachfrage. Beide, Deutschland und Europa, würden davon profitieren.

⁴ Laut OECD hat seit dem Jahr 2000 die Einkommensungleichheit in keinem anderen Mitgliedsland stärker zugenommen als in Deutschland (OECD 2008).

Literaturhinweise

Horn, G./Joebges, H./Logeay, C./Sturn, S. (2008): Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland. Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report Nr. 31, September 2008.

Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R. (2009a): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Study Nr. 4, August 2009.

Joebges, H./Logeay, C./Sturn, S./Zwiener, R. (2009b): Deutsche Arbeitskosten im internationalen Vergleich: Nur geringer Anstieg. Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik für 2008, IMK Report Nr. 44, November 2009.

OECD (2008): Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland, <http://www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf>

Publisher: Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Germany
Phone: +49-211-7778-331, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

IMK Policy Brief is an irregular online publication series.

The views expressed in this paper do not necessarily reflect those of the IMK or the Hans-Böckler-Foundation.

All rights reserved. Reproduction for educational and non-commercial purposes is permitted provided that the source is acknowledged.

Hans **Böckler**
Stiftung 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.
